

Partizipation fördern und Demokratie stärken

—

Die EU-Jugendstrategie unterstützt die wirksame Beteiligung Jugendlicher durch Ansprache neuer Zielgruppen und Implementierung neuer Formate

Die Beteiligung Jugendlicher an politischen Gestaltungsprozessen ist fester Bestandteil der Jugendpolitik in Deutschland. In SGB VIII § 8.1 heißt es explizit, dass „Kinder und Jugendliche [...] entsprechend ihrem Entwicklungsstand an allen sie betreffenden Entscheidungen der öffentlichen Jugendhilfe zu beteiligen [sind]“. Bei den Angeboten der Jugendarbeit sind junge Menschen zu beteiligen; sie sind so anzulegen, dass Jugendliche die Möglichkeit haben, diese mitzugestalten (SGB VIII § 11.1). Mit der ‚Nationalen Engagementstrategie‘ (2010) und dem Abschlussbericht des ‚Nationalen Aktionsplans Kindgerechtes Deutschland‘ (2010) wurde die Bedeutung der Beteiligung junger Menschen an den sie betreffenden Entscheidungen gestärkt, ein Prozess, der auf internationaler Ebene mit der 1989 verabschiedeten Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen anfang. Daneben ist seit Beginn der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa 2001/2002 die Partizipation junger Menschen ein prioritäres Anliegen, das sich als Auftrag der EU zur Beteiligung junger Menschen am demokratischen Leben im Vertrag von Lissabon manifestiert.

Trotz ihrer herausgehobenen jugendpolitischen Bedeutung wird Jugendpartizipation auf verschiedenen politischen Ebenen oft nur unzureichend oder gar nicht ermöglicht. Die EU-Jugendstrategie beabsichtigt, der Jugendbeteiligung neuen Schwung zu verleihen. Mit der gemeinsamen Umsetzung der EU-Jugendstrategie in Deutschland, auf die sich Bund und Länder verständigt haben, sollen insbesondere neue Zielgruppen angesprochen und neue Formate der Beteiligung erprobt und implementiert werden.

Ziele der Bund-Länder Arbeitsgruppe zur Umsetzung der EU-Jugendstrategie

Ein wichtiges Ziel ist es, die nachhaltige Partizipation von jungen Menschen auszubauen und die Partizipationskultur in Deutschland zu stärken und zu qualifizieren. Dazu sollen sozial benachteiligte Jugendliche stärker in Beteiligungsverfahren eingebunden werden, Entscheidungsträger für nachhaltige Beteiligungsprozesse gewonnen und darüber hinaus Demokratie und Partizipation als Lernfeld für Jugendliche stärker gefördert werden. Schließlich sollen Fachkräfte hinsichtlich dieses Ziels (weiter) qualifiziert werden.

Themenkorridor Partizipation – der Fokus in Deutschland

Bund und Länder haben sich im Rahmen des Themenkorridors „Partizipation“ darauf geeinigt, zwei Themen in den Vordergrund zu stellen. Diese sind die Förderung von Partizipation aller Jugendlichen und die Stärkung von Demokratie.

Partizipation aller Jugendlichen fördern

Die Beteiligung an Gestaltungsprozessen richtet sich grundsätzlich an alle jungen Menschen (nach der Definition von SGB VIII: Menschen unter 27) und konzentriert sich im Themenkorridor der Umsetzung der EU-Jugendstrategie auf die sog. ‚Alltagsdemokratie‘ und die Erweiterung des Beteiligungshorizonts von Jugendlichen. Ziel ist es, den alltäglichen Beteiligungskontext von Jugendlichen (zum Beispiel im Verein oder in der Schule) um andere Beteiligungshorizonte (zum Beispiel Kiez, Kommune, Land) zu erweitern. Zentral ist dabei, dass junge Menschen die Rahmenbedingungen ihres eigenen Lebens unmittelbar mitgestalten können. Diese schließt ausdrücklich neben politischen Gestaltungsprozessen auch wirtschaftliche, zivilgesellschaftliche und administrative Gestaltungsprozesse mit ein. Die Beteiligung an der Neugestaltung des Schulhofs ist in diesem Sinne genauso eine Erweiterung des Beteiligungshorizontes von Jugendlichen wie auch die Beteiligung am Dialog mit der Politik. Wichtig bei allen Gestaltungsprozessen und Teilnahmeverfahren ist die Bereitschaft von Entscheidungsträgern für Offenheit, Transparenz und Verbindlichkeit.

Der Themenkorridor „Partizipation“ legt den Schwerpunkt auf ‚neue‘ Zielgruppen, d.h. Zielgruppen, die bisher nicht oder kaum erreicht wurden, insbesondere auf junge Menschen aus sozial schwachen, bildungsfernen Familien und auf junge Menschen mit Migrationshintergrund. Ein besonderes Augenmerk gilt Haupt- und Realschülerinnen und -schülern. Darüber hinaus gilt es insgesamt, Hindernisse und Gelingensbedingungen für eine erfolgreiche Partizipation zu identifizieren und Lösungskonzepte zu entwickeln.

Von wesentlicher Bedeutung ist es, dass sich die Themen der Diskussionen und Mitgestaltungsprozesse nach dem lokalen und regionalen Bedarf junger Menschen richten. Dieser sog. Bottom-up-approach setzt zwei Dinge voraus. Einerseits müssen Jugendliche ein Interesse an Partizipation haben und wissen, dass eine Beteiligung an Gestaltungsprozessen möglich ist. Hier bedarf es einer Informationspolitik, die klar und verständlich auf die (neuen) Zielgruppen zugeht. Andererseits setzt es eine aktive Einladung und verbindliche Teilnahme seitens der Entscheidungsträger voraus. Auch hier bedarf es einer klareren Strategie, Entscheidungsträger über die Vorteile und Möglichkeiten der Jugendpartizipation zu informieren.

Der Themenkorridor Partizipation soll sich nicht nur auf neue Zielgruppen und eine Erweiterung des Gestaltungshorizonts konzentrieren, sondern auch neue Partizipationsformen bzw. -instrumente entwickeln, erproben und ggf. implementieren. Die Entscheidungsprozesse sollten so gestaltet sein, dass sie anschlussfähig sind an die Interessen, Lebensgewohnheiten, Denkweisen und das Alltagsleben von Jugendlichen. Insbesondere neue Kommunikationsmedien und das Web 2.0 eröffnen Potenziale für Informations- und Partizipationsformate, die bisher in der Jugendpolitik noch wenig Beachtung gefunden haben. E-Partizipation bietet Raum für niederschwellige, direkte Beteiligungsprozesse, die an den Alltag von Jugendlichen

anschließen. Für Entscheidungsträger entsteht so die Möglichkeit, größere Teilnehmer- und Teilnehmerinnenkreise zu erreichen und neue Zielgruppen zu erschließen.

Demokratie stärken

Die Beteiligung an Gestaltungsprozessen fördert, wenn dafür die entsprechenden Rahmenbedingungen bereitgestellt werden, das Demokratieverständnis junger Menschen. Jugendarbeit mit ihrem hohen Anteil an Selbstorganisation und ihren beteiligungsorientierten Strukturen erweist sich so als Ort des Demokratielernens. Umgekehrt kann es auch zu mehr Beteiligung führen, wenn junge Menschen sich mit Demokratie auseinandersetzen und Demokratie erleben. Hier fungiert Jugendarbeit als ein Ort der politischen Bildung und regt indirekt zur politischen Beteiligung an. Es ist deshalb wichtig nicht nur Partizipation direkt zu fördern, sondern auch das Lernen von und über Demokratie zu stärken. Hier liegt ein besonderer Fokus auf den Fachkräften und Multiplikatoren als Akteuren. Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe – innerhalb oder außerhalb verbandlicher Strukturen – spielen eine besondere Rolle, wenn es um die Herausforderung geht, benachteiligte junge Menschen zu erreichen und zur Partizipation zu ermuntern. Im Rahmen des Themenkorridors „Partizipation“ gilt es, diese Rolle zu stärken und die Fachkräfte bei dieser Herausforderung zu unterstützen. Beratung, Fortbildung und Qualifizierung der Fachkräfte und Multiplikatoren sind dazu hilfreiche Instrumente.

Konkret bedeutet die vorhergehende Definition des Themenkorridors „Partizipation“, dass diese sich auf zwei Adressatenkreise bezieht:

Der erste Adressatenkreis betrifft Jugendliche und Entscheidungsträger. Die Partizipationskultur in Deutschland kann durch einen intensivierten Dialog dieser beiden Gruppen verbessert werden, der die für Jugendliche relevanten Entscheidungskontexte berücksichtigt. Insbesondere Zielgruppen wie sozial benachteiligte Jugendliche, die bisher ungenügend in Beteiligungsprozesse involviert waren, sollen erreicht und berücksichtigt werden. Hier bedarf es einer Informations- und Inklusionspolitik, die über die bisherige Arbeit hinausgeht.

Der zweite Adressatenkreis betrifft Fachkräfte und Multiplikatoren. Diese Adressaten tragen entscheidend dazu bei, dass die Zielgruppen der Jugendlichen und Entscheidungsträger erreicht und Partizipationsprojekte umgesetzt werden. Die Ausbildung und (Weiter)Qualifizierung der Fachkräfte insbesondere hinsichtlich neuer Zielgruppen und neuer Formate stehen hier besonders im Vordergrund.

Die EU-Jugendstrategie in Deutschland: Mehrwert und Leistungen

Die europäische Dimension sollte auch im Themenkorridor „Partizipation“ eine sichtbare Rolle spielen. Der europäische Mehrwert gliedert sich in verschiedene Punkte.

Erstens ist es wichtig, dass Europa im Allgemeinen und die europäische Jugendstrategie im Besonderen keine abstrakten Themen bleiben, sondern als Lernfelder sowohl von Jugendlichen als auch von Fachkräften entdeckt bzw. eingesetzt werden. Das setzt voraus, dass bei der Umsetzung der EU-Jugendstrategie in

Deutschland insbesondere solche jugendpolitischen Projekte realisiert werden, die einen europäischen Austausch zum Thema Partizipation und Demokratieförderung unterstützen und sowohl Jugendlichen und Entscheidungsträgern als auch Fachkräften und Multiplikatoren ermöglichen, sich mit Jugendlichen und Fachkräften aus anderen Mitgliedstaaten auszutauschen.

Zweitens bieten Peer-Learning-Verfahren mit anderen Mitgliedstaaten Jugendlichen und Fachkräften die Möglichkeit, voneinander zu lernen. Ein wichtiges Thema, das in diesem Rahmen diskutiert werden könnte, ist, wie man Entscheidungsträger in die Pflicht nehmen kann, Jugendbeteiligung ernst zu nehmen. Auch bei der Frage, wie Jugendbeteiligung in anderen Mitgliedstaaten konkrete Formen annimmt, könnte ein Thema für Peer-Learning sein.

Drittens präsentiert die EU-Jugendstrategie den Strukturierten Dialog zwischen Jugendlichen und politischen Entscheidungsträgern als Beteiligungsmethode. Der Strukturierte Dialog kann als solche für alle drei Themen der nationalen Umsetzungsstrategie genutzt werden. In eine nachhaltige, effektive Umsetzung des Strukturierten Dialogs sollten insbesondere die Kommunen einbezogen werden. Durch die Einsetzung dieser ursprünglich europäischen Beteiligungsmethode kann auf lokaler Ebene ein Verfahren entwickelt werden, das innerhalb der deutschen Jugend- und insbesondere der Beteiligungspolitik zusätzliche Impulse für eine Partizipationskultur setzt.

Die EU-Jugendstrategie birgt Impulse in zwei Richtungen: europäische Impulse für die deutsche Debatte und deutsche Impulse für die europäische Debatte. Es gilt nicht nur die jugendpolitischen Ziele hinsichtlich Partizipation und Demokratieförderung in Deutschland umzusetzen, sondern auch einen Beitrag für die europäische Debatte zum Thema Partizipation und Demokratieförderung zu leisten. Der deutsche Beitrag zur europäischen Debatte konzentriert sich auf zwei wichtige Punkte:

Erstens wäre es ein wichtiger Beitrag, hinderliche und förderliche Rahmenbedingungen für die Entwicklung einer gelebten Alltagskultur von Beteiligung zu identifizieren und auf europäischer Ebene zu vermitteln.

Zweitens bietet die Schwerpunktsetzung des Korridors auf Förderung von Partizipation und Stärkung von Demokratie einen wichtigen Ansatzpunkt für die europäische Debatte. Sie zeigt, dass die Entwicklung einer Mitgestaltungskultur und das Lernen über Demokratie Hand in Hand gehen. Die europäische Debatte könnte durch diesen Impuls einen breiteren Horizont bekommen.

Schlussfolgernd bieten europäische Mobilitätsmaßnahmen sowie Fachkräfteaustausche und neue Beteiligungsformate Jugendlichen und Fachkräften die Möglichkeit, neue Erfahrungen zu sammeln und diese in ihre Arbeit und Lebensgestaltung einzubinden. Die Zusammenführung der Bereiche Partizipationsförderung und Demokratiestärkung in Deutschland liefert zudem einen bedeutenden Impuls für die europäische Debatte. Die EU-Jugendstrategie bietet einen Rahmen, diesen Themen stärker auf die politische Agenda zu setzen und – sowohl in Deutschland als auch in Europa – durch neue Impulse zu vertiefen.